

»Ein neues Kapitel« beginnen

Lateinamerikanische Repräsentanten an der Seite Kubas



Boliviens Präsident Evo Morales: »Es gibt keine größere Bedrohung für unsere Erde, für den Frieden und die Freiheit als die Politik der Regierung der USA« (Foto: AFP)

In der noch bis Montag dauernden Generaldebatte der Vereinten Nationen steht die Brandstifter-Rede des US-Präsidenten Donald Trump vom Dienstag immer wieder im Zentrum der Kritik. Die Regierungschefs zahlreicher UNO-Mitgliedsländer verurteilten die Bedrohungen anderer Staaten und den offenen Aufruf zur Gewalt. Trump hatte neben Nordkorea, dem Iran und Venezuela auch Kuba ins Visier genommen. Die USA werden die Sanktionen »nicht aufheben, solange sie keine fundamentalen Reformen durchführt«, erklärte er ausgerechnet in dem Saal, in

dem die Mitgliedsländer der Weltorganisation Jahr für Jahr fast einstimmig die Aufhebung der USA-Blockade gegen die Insel fordern.

In den letzten Tagen meldeten sich dazu vor allem Vertreter aus Lateinamerika zu Wort. »Wenn wir die Kriege und die Blockaden gegenüber Staaten und Völkern fortsetzen, wie zum Beispiel die Blockade gegen unser kubanisches Brudervolk, werden wir niemals eine wirkliche Freiheit und Demokratie erreichen«, kritisierte Ecuadors Präsident Lenín Moreno die seit 55 Jahren anhaltenden Sanktionen. Mit diesen, so sein Amtskollege

David Arthur Granger aus Guyana, werde das Recht Kubas verletzt, sich zu entwickeln. Boliviens Präsident Evo Morales verlangte deshalb nicht nur die Beendigung der Blockade, sondern Entschädigungszahlungen der USA an das kubanische Volk, für die dadurch verursachten Schäden.

Der Regierungschef El Salvadors, Salvador Sánchez Cerén forderte Washington auf, die Sanktionen gegen die Insel zu beenden, um »ein neues Kapitel« in den Beziehungen zu Lateinamerika beginnen zu können. Ähnlich äußerten sich auch Vertreter von

Regierungen, die den USA sonst bedingungslos ergeben sind, wie die Präsidenten Luis Guillermo Solís aus Costa Rica und Juan Carlos Varela aus Panama. Varelas Appell zur Beendigung der Blockade ist bemerkenswert. Am Montag war er neben Präsident Santos aus Kolumbien, dem Putsch-Präsidenten Temer aus Brasilien und der argentinischen Vizepräsidentin Michetti noch Gast eines exklusiven Abendessens gewesen, das Trump in New York für die vier lateinamerikanischen Regierungsvertreter gegeben hatte. Der USA-Präsident wollte die neoliberalen Politiker dabei auf seine Pläne gegen Kuba und Venezuela einstimmen.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez nahm zu Trumps Angriffen in seiner Rede bei einem Treffen der Bewegung der Blockfreien Länder Stellung. Er warnte vor »Gefahren und Problemen«, die von dem »aggressiven Verhalten und dem Unilateralismus der Vereinigten Staaten« ausgingen. Zugleich beklagte Rodríguez, die »außerordentlichen und immer weiter ansteigenden Schäden«, die seinem Land durch die USA-Sanktionen zugefügt würden. »Die Blockade wird ständig verschärft und auch ihre exterritoriale Anwendung nimmt zu«, erklärte er.

Volker Hermsdorf

Schändung des Andenkens von Antifaschisten

Das Organisation »Abraham Lincoln Brigade Archives«, die sich in den USA die Bewahrung des Andenkens der Antifaschisten zur Aufgabe macht, die in den Internationalen Brigaden im Spanischen Krieg 1936 – 1939 gegen die spanischen, deutschen und italienischen Faschisten gekämpft hatten, berichten über die Schändung von Denkmälern für Frauen und Männer der »Abraham Lincoln Brigade« und andere Gedenksteine. So wurde zum Beispiel der Gedenkstein für die Kämpfer der Lincoln Brigade in Madison, USA-Bundesstaat Wisconsin, mit faschistischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

Aktivisten der »Abraham Lincoln Brigade Archives« haben die Schmierereien unverzüglich entfernt. Somit ist die symbolkräftige Losung der Internationalen Brigaden »No pasaran!« jetzt wieder deutlich zu lesen. (KSFR/ZLV)



ben die Schmierereien unverzüglich entfernt. Somit ist die symbolkräftige Losung der Internationalen Brigaden »No pasaran!« jetzt wieder deutlich zu lesen. (KSFR/ZLV)

Wiederaufbau funktioniert

Massive Hurrikan-Schäden auf Kuba werden repariert – Internationale Hilfe kommt an



(Foto: Cubadebate)

Das sozialistische Kuba wurde vom Hurrikan »Irma« heimgesucht. Die Zerstörungen waren enorm, umso beeindruckender ist die Geschwindigkeit und sind die Leistungen beim Wiederaufbau. Der Großteil des nationalen Stromnetzes, das nach Durchzug des Hurrikans Irma vollkommen zusammenbrach, konnte schon in weniger als 72 Stunden wiederhergestellt werden. Auch die wichtigen Wärmekraftwerke in Mariel, Tallapiedra, Este Habana, Cienfuegos, Renté, Nuevitas und Felton konnten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der Photovoltaikpark Parada in Puerto Padre konnte zwei Tage nach den Wärmekraftwerken wieder ans Netz gehen. Die Strom- und Wärmeversorgung in den am stärksten betroffenen Gebieten um Matanzas, Sancti Spiritus, Villa Clara und Ciego de Ávila folgten kurz darauf.

In Mayabeque verloren die landwirtschaftlichen Kooperationen den Großteil ihrer Bananen-, Yucca- und Maiserntete. Der restliche Bestand wurde geerntet und kostenlos an die Bevölkerung verteilt. Ähnlich wurde in anderen betroffenen Regionen Kubas verfahren.

Der Erste Vizepräsident des Staats- und des Ministeriums Miguel Díaz-Canel koordinierte in Absprache mit regionalen Vertretern die Wiederaufbaumaßnahmen. Auf einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates zog Präsident Raúl Castro Bilanz:

1.738.000 Menschen mußten evakuiert werden, darunter 51.000 Urlauber. Schwerer Schaden entstand am Wärmekraftwerk »Antonio Guiterras« in Matanzas. Das Pumpenhaus, in dem der Umlauf des Meerwassers für das Kühlsystem erfolgt, wurde von den Wellen total zerstört. 15 Übertragungsleitungen und mehr als 3.600 Pfosten sowie 2.039 Kilometer Stromleitungen wurden vom Hurrikan zerstört, ebenso 90 Erdölbohrtürme an der Küste und im Land.

20.400 Bauarbeiter und 855 Baufahrzeuge sind für den Abtransport von Schutt, Reparatur von Straßen, Brücken und Abwasserkanälen sowie für die Instandsetzung von Wohnungen und sozialen Einrichtungen im Einsatz. Der Wiederaufbau funktioniert, da man aus den Erfahrungen, die man in Santiago de Cuba und Guantánamo, die von den Hurrikans »Sandy« (2012) und »Matthew« (2016) heimgesucht wurden lernen konnte.

Hilfssendungen erreichen Kuba aus der ganzen Welt. Mehrere lateinamerikanische Länder sandten Container mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln und medizinischen Gütern. Die Regierungen Vietnams und Tschechiens sagten finanzielle Unterstützung zu. Solidaritätsorganisationen aus Südafrika, Paraguay oder Belgien sammeln Spenden für den Wiederaufbau.

Christoph Hentschel

Das Öl-Referendum

Kurdische Autonomiegebiete wollen über Unabhängigkeit abstimmen

»Wollen Sie, daß die Region Kurdistan und die Gebiete außerhalb der Verwaltung der Region zu einem unabhängigen Staat werden?« Über diese Frage wird am 25. September 2017 im kurdischen Autonomiegebiet im Irak abgestimmt, wohl auch gegen das Urteil des obersten Gerichts des Irak.

Schon lange leben die Kurden im Irak in einer faktisch autonomen Region. 1991 richteten die USA eine Flugverbotszone über dem Süden und Norden des Irak ein. Nach einer Reihe von blutigen Zusammenstößen mit kurdischen Streitkräften zog sich die irakische Armee aus den kurdischen Gebieten zurück. De facto hatte das irakische Kurdistan damit seine Unabhängigkeit erreicht. Bagdad spielte keine Rolle mehr, es gab eine eigene Flagge und Nationalhymne, ein Parlament.

Nach den Wahlen 1992 war das kurdische Parlament aufgeteilt unter Jalal Talabani »Patriotischer Union Kurdistans« und Massoud Barzani »Kurdischer Demokratischer Partei«. Die beiden Parteien beschränkten sich nicht auf den parlamentarischen Kampf. In militärischen Auseinandersetzungen kamen mehrere Tausend Menschen ums Leben. Kämpfe zwischen den beiden Parteien und regionalen Unterstützern dauerten mit Unterbrechungen bis 1998, als ein formaler Friedensvertrag geschlossen wurde.

Nachdem es seit 1991 ei-



USA-Kriegsminister Jim Mattis beim Treffen mit dem kurdischen Regionalpräsidenten Massoud Barzani in Erbil, Irak, 22. August 2017 (Foto: EPA)

ne faktische Autonomie gab, kam der nächste Schritt 2003. Die kurdische Regionalregierung nahm am Irakkrieg auf Seiten der USA teil – und in der später verabschiedeten irakischen Verfassung wurde die Region Kurdistan mit nahezu vollständiger Souveränität ausgestattet.

Dann kam der »IS«. Die irakische Armee floh und die Regierung verlor die Kontrolle über große Gebiete des Landes. Den kurdischen Peshmerga gelang es mit Hilfe der USA den »IS« zu vertreiben – und zugleich die Kontrolle über weitere Gebiete zu übernehmen. Dazu gehörte auch die bis dahin zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung umstrittene Stadt Kirkuk mit den umliegenden Ölfeldern.

Der Streit mit der Zentralregierung um die Verteilung der Öleinnahmen und sinkende Ölpreise verschlechterten die Wirtschaftslage. Beamten-

löhne wurden zu spät ausbezahlt, Entwicklungsprojekte wurden gestoppt, Korruption und Seilschaften blieben. Dies führte im Oktober 2015 zu mehreren, teilweise gewalttätigen, Protesten gegen den kurdischen Präsidenten Barzani. Viele junge Kurden verließen das Land. Barzani erhielt wegen der Krise eine Verlängerung seiner Amtszeit. Eine parlamentarische Einigung über das Präsidentenamt gab es nicht. Neuwahlen fanden wegen der schlechten Sicherheitslage nicht statt.

Außerhalb der Bau- und Ölindustrie fehlt eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Noch immer müssen 90 Prozent der Nahrungsmittel importiert werden und 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten im öffentlichen Dienst; Korruption bleibt weit verbreitet. Wer also mit der erweiterten Autonomie des irakischen Kurdistan nach dem Irakkrieg von einer demokrati-

schen, wirtschaftlich blühenden Landschaft geträumt hatte, fand sich getäuscht. Auch hier erweist sich der Ölreichtum eher als Fluch denn als Segen.

Nach mehreren früheren Anläufen, die nicht umgesetzt wurden, soll das Referendum jetzt abgehalten werden – auch eine Antwort auf die politische und wirtschaftliche Krise. Ungefähr drei Viertel der Abgeordneten im kurdischen Parlament unterstützen das Referendum, dagegen sprach sich z.B. die Partei »Gorran« aus, die in den Protesten 2015 eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Die Türkei und die kurdischen Autonomiegebiete im Irak pflegen beste politische und wirtschaftliche Beziehungen – aber eine wirkliche Staatsgründung würde die Türkei nicht tolerieren.

Eine weitgehende kulturelle und politische Autonomie hat Kurdistan schon lange. Der wirkliche Streitpunkt ist – wieder einmal – das Öl. Die Verteilung der Öleinkünfte, die Zukunft der Stadt Kirkuk – das sind Fragen, um die es im Referendum geht.

Doch ein eigener kurdischer Staat wird die wirtschaftlichen und politischen Probleme Kurdistans nicht lösen und auch die Korruption nicht beschneiden. Vielmehr kann die Drohung mit der Staatsgründung als Verhandlungsmasse eingesetzt werden – und die finanzielle Situation der gut gestellten Seilschaften im irakischen Kurdistan fördern.

Manfred Ziegler